

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Peter Glotz MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, bekundet den Amnestie-Gegnern in der CDU seinen Respekt: Entrüstung im Unions-Lager.

Seite 1

Klaus Warnecke MdL, kommentiert die Bedeutung des Amnestiegesetzes für Bayern: Warum ging Strauß in die Vollen?

Seite 2

Wilhelm Silvanus MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes, sieht in dem Amnestie-Vorhaben den Anfang des Verfalls der Rechtskultur: Einzigartige Verhöhnung des Rechtsstaates.

Seite 4

Buchbesprechung

Fritz Säger bespricht die Lebenserinnerungen von Robert M.W. Kempner: "Ankläger einer Epoche".

Seite 5

39. Jahrgang / 90

10. Mai 1984

Respekt für die "Nein"-Sager

Zur Abstimmung des CDU-Parteitages über die Amnestiepläne

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Mein Respekt gilt den 178 Gegnern des geplanten Amnestiegesetzes, die sich gegen den Bundeskanzler und die Führung ihrer Partei für den Rechtsgrundsatz des "gleichen Rechts für alle" entschieden und damit gegen ein Sonderrecht für Privilegierte ausgesprochen haben. Dieses Fähnlein der 178 Aufrechten hat gezeigt, daß die Entrüstung über den Coup der Koalitionsspitze bis weit ins Lager der Union reicht.

Stuttgart hat aber auch gezeigt, daß sich die Führungen von CDU und CSU mit der FDP verschworen haben, das Amnestiegesetz gegen schwerste rechtsstaatliche Bedenken und gegen den unüberhörbaren Widerwillen der Bürger durchzuziehen. Wir haben allerdings unsere Hoffnung auf Restbestände des Liberalismus in der FDP nicht völlig aufgegeben, wiewohl kaum zu übersehen ist, daß der FDP-Vorsitzende den Finanziers der Wende seinen Kopf für diese Amnestie verpfändet hat. Die Frage ist: Wird es Liberale geben, die sich ungeachtet der Verwicklungen Genschers und Lambdorffs dennoch für den Rechtsstaat entscheiden?

Die wütenden Angriffe, die die Herren Kohl, Strauß und Dregger in Stuttgart im Zusammenhang mit ihrem Selbstbegünstigungs-Vorhaben gegen meine Partei gerichtet haben, werden niemanden verwundern. Sie sind Ausdruck des unruhigen Gewissens. Die SPD wird sich dadurch in ihrem Widerstand nicht beirren lassen, sondern ihre Bemühungen, den Unwillen vieler Bürgerinnen und Bürger gegen das Amnestiegesetz ins Feld zu führen, um es doch noch zu Fall zu bringen, eher noch bestärkt fortsetzen.

(-/10.5.1984/ks/rs)

+ + +

Warum ging Strauß in die Vollen?

Das Amnestiegesetz und seine Bedeutung für Bayern

Von Klaus Warnecke MdL

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP will Steuerhinterziehungen im Rahmen der "Partei-spenden-Affäre" nachträglich per Gesetz von Strafe befreien. Mit an der Spitze bei diesem rechtspolitisch schändlichen Vorhaben, das mit Recht als schlimmes Attentat auf das Rechtsbewußtsein bezeichnet wurde, marschieren der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Dieser massive Einsatz des bayerischen Ministerpräsidenten vor der CDU/CSU-Fraktion in Bonn für dieses Amnestiegesetz ist ein erstaunlicher Vorgang. Erstaunlich deswegen, weil die bayerische Rechtsprechung den 30-Millionen-Sturzbach an steuermindernden Spenden der bayerischen Wirtschaft über die "Staatsbürgerliche Vereinigung" auf die Konten der CSU bisher in zwei Instanzen gegen den Vorwurf der Steuerhinterziehung gestützt hat. Damit blieb und bleibt der CSU eine wesentliche Spendenquelle erhalten.

Über die Jahre 1969 bis 1981 hinweg sind der CSU Spenden im Gesamtbetrag von über 30 Millionen Mark, das sind nahezu 30 Prozent ihres gesamten Spendenaufkommens, von dieser "Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung" zugeflossen. Ein wesentlicher Teil des Geldes stammt aus steuermindernden Mitgliedsbeiträgen einer großen Zahl bayerischer Unternehmen an ihre jeweiligen Unternehmerverbände, die von diesen an die Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. und von dieser an die CSU weitergeleitet werden. Und das funktioniert so:

Die Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. erhält den überwiegenden Teil ihres Geldes nicht in Form von Einzelspenden, sondern von Arbeitgeberverbänden. Dies ergibt sich aus Geschäftsberichten und Bilanzen dieser Arbeitgeberverbände. So hat zum Beispiel der Bayerische Industrieverband Steine Erden, Fachgruppe Natursteine, in seinem Etat 1976 einen Betrag von 20.000 Mark für die Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. ausgewiesen. Andere Arbeitgeberverbände unter "Beiträge an andere Organisationen" oder als "Verbandsbeiträge".

Die Arbeitgeberverbände erheben von den ihnen angeschlossenen Unternehmen Mitgliedsbeiträge in einer Höhe, die Abführungen an die Bayerische Staatsbürgerliche Vereini-

gung e.V. und damit an die CSU ermöglicht. Diese Mitgliedsbeiträge können die Unternehmen ihrerseits als "Betriebsausgaben" beziehungsweise "Werbungskosten" gemäß Paragraph 8 (3) KStG i.V.m. Paragraph Nr. 3 EStG steuermindernd absetzen.

Auf diese Weise werden Gelder, die von einzelnen Unternehmen über ihre Arbeitgeberverbände und die Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. an die CSU fließen, steuermindernd abgesetzt. Für mich ist das gleichbedeutend mit einer Umgehung der Steuergesetze.

Warum aber geht Strauß, obwohl bayerische Gerichte den Spendenweg über die "Staatsbürgerliche Vereinigung" für rechtens halten, bei der Amnestiefrage derart in die Vollen? Läßt sich sein Verhalten daraus erklären, daß auch für bisher nicht öffentlich bekanntgewordene CSU-Spender ein "Regelungsbedarf" im Sinne der geplanten Amnestie besteht, er also bisher unbekannte Spender reinwaschen will? Noch ist beispielsweise nicht endgültig geklärt, ob nun oder ob nicht über das Kolpingwerk steuermindernde Spenden an die CSU weitergeleitet worden sind.

Dafür ist umso klarer, daß die Begründungen, die von CSU/CDU für die Amnestie eingebracht worden sind, ein besonders Maß an Unverfrorenheit erkennen lassen. Wer mit Begriffen wie "staatspolitischer Verantwortung, kein Unrechtsbewußtsein und Vertrauensschutz" diejenigen schützen will, die ohne Zweifel bewußt Steuern hinterzogen haben, um damit bestimmte Parteien zu finanzieren, der treibt ein schändliches Spiel und will die Rechtsordnung aufs Kreuz legen.

Ich empfehle dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß deshalb dringend eine Wende in der Amnestiefrage, verbunden mit der Aufforderung, dieses geplante Gesetz im Bundesrat nicht passieren zu lassen. Es kann doch nicht angehen, daß der Ministerpräsident Bayerns ein Gesetz im Bundesrat passieren läßt, das einem Vorhaben zustimmt, bei dem sich Mitglieder des Bundestages und möglicherweise des Bundesrates selbst amnestieren.

(-/10.5.1984/rs/fr)

+ + +

Einzigartige Verhöhnung des Rechtsstaates

Das Amnestie-Vorhaben signalisiert den Verfall der Rechtskultur

Von Wilhelm Silvanus MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Die Reaktion in der SPD-Fraktion des Landtages des Saarlandes auf diese empörende Verhöhnung des Rechtsstaates durch die Bonner Wendekoalition hat nahezu alles vergleichbare übertroffen. Die Attribute, mit denen der skandalöse Mißbrauch der Gesetzgebungsmehrheit zur Schonung ihrer Geldgeber von SPD-Abgeordneten belegt worden sind, haben von "Entrüstung", "Attentat auf das Rechtsbewußtsein", "unanständiger und brutaler Eingriff in die Strafrechtspflege", "Skandal von einzigartiger Dreistigkeit", "Unerträglichkeit", "Rechtsbruch im politischen Amt", "schädliches Werk der Selbstbegünstigung im Staatsamt", "freche Reinwaschungsaktion der Wendefinanziers", "handstreichartige Selbst-Amnestie von Betroffenen", "bedrückende Rechtsbeugung", "nachhaltige Störung des Rechtsfriedens", "Anfang des Verfalls der Rechtskultur", "Piratenstück", "pervertiertes Staatsverständnis", über "üble Aktion" bis hin zu "Ohrfeige für jeden rechtstreuen Bürger" und "bislang beispielloser Anschlag auf die Steuermoral und den Rechtsstaat schlechthin" gereicht.

Die SPD-Fraktion betrachtet es als skandalös, daß ausgerechnet unter einem Kanzler, der die "geistig-moralische Erneuerung" versprochen hat, in politisch wie moralisch höchst bedenklicher Weise Straftätern nachträglich ein Persilschein ausgestellt werden soll. Außerdem liegt der Tatbestand des politischen Betrugs vor, da bei der Neuregelung der Parteienfinanzierung die Zustimmung der Sozialdemokraten nur durch den ausdrücklichen Verzicht auf alle Versuche einer Amnestie zu erreichen gewesen war. Es darf auf keinen Fall ein Gesetz verabschiedet werden, das willkürlichen Manipulationen dann Tür und Tor öffnet, wenn es um eigene materielle Interessen der Parteien und ihrer Geldgeber geht.

Die handstreichartige Aktion macht in entsetzlicher Art und Weise deutlich, wie verkümmert das Gespür von CDU, CSU und FDP für politischen Stil und rechtsstaatliche Sensibilität ist. Dies gilt insbesondere auch für den saarländischen CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsidenten Zeyer, der dieser unglaublichen Reinwaschungsaktion ausdrücklich zugestimmt hat.

Die SPD-Landtagsfraktion hat die saarländische Landesregierung und die sie tragenden Parteien aufgefordert, sich von diesem Gesetzentwurf umgehend zu distanzieren, auch wenn dies gegen den Willen des Ministerpräsidenten geschehen müsse. Nur so läßt sich wenigstens noch ein Teil des Schadens abwenden, der dem Rechtsstaat bereits zugefügt worden ist. Außerdem hat die SPD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, umgehend alle Möglichkeiten - zumal im Bundesrat - zur Verhinderung der geplanten Amnestie auszuschöpfen.

(-/10.5.1984/ks/rs)

+ + +



BUCHBESPRECHUNG

"Ankläger einer Epoche" - Erinnerungen von Robert M. W. Kempner

Robert M. W. Kempner, "Ankläger einer Epoche", "Lebenserinnerungen",
Verlag Ullstein, Frankfurt/Main, 1983, 474 Seiten.

Wenn jemand im einstigen Deutschen Reich Entwicklung und Verhalten der politischen Bewegungen zu beobachten und in gesicherten Einzelheiten festzuhalten vermochte, so war es der Autor dieses Buches, das eine Epoche der deutschen Geschichte behandelt, nicht nur die Entartung einer politischen Richtung. Robert Kempner, heute Rechtsanwalt in Frankfurt, hat "die deutschnationale Unterminierung des Staates von Weimar, die sich 1933 am Ziel ihrer Wünsche sah", erlebt. Die Parteien der politischen Rechten übergaben am 30. Januar 1933 die Macht an die radikalste Gruppe, die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", wie ihr verlogener Name hieß.

Robert Kempner geboren 1899 studierte Jura und wurde nach der Ausbildung als Justiziar in der Polizeiabteilung des Preussischen Innenministeriums tätig, wurde Regierungs- und Oberregierungsrat und arbeitete an der Stelle, an der die Informationen über das Geschehen im Lande zusammengetragen wurden.

Er erzählt, berichtet, aber er richtet nicht. Seinen Standort hat er nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Als der Journalist nach dem 20. Juli 1932, dem Tag des Staatsstreiches der Rechtsparteien gegen Preußen, mit Kempner sprach, lag bereits seit zwei Jahren eine Arbeit vor, die "Preußische Denkschrift". Darin wurde "die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung" dargestellt. Das Material für eine solche Bezeichnung war erdrückend. Aber der damalige Oberreichsanwalt verweigerte, als es ihm zugewiesen wurde, Folgerungen aus dieser offiziellen Arbeit zu ziehen, obwohl darin festgestellt wurde, daß gegen Adolf Hitler wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Meineid Strafverfahren erforderlich seien, daß die Partei Hitlers aufgelöst werden müsse und Hitler des Landes zu verweisen sei. Die Denkschrift blieb geheim und nutzlos. Erst 1984 wurde sie von Kempner in einer Broschüre im Wortlaut veröffentlicht ("Der verpaßte Nazi-Stopp", Ullstein-Sachbuch, 144 Seiten, DM 7,80).

Was sich nach 1932 ereignete, was noch vor dem Kriege in Deutschland und während des Krieges unter deutscher Verantwortung in vielen Ländern geschah - wer hat es zu verantworten, wer sind die Täter, die zur Rechenschaft gezogen werden mußten? Kempners Bericht nennt eine große Zahl. Nach dem Staatsstreich in Preußen, als Hermann Goering das Land "regierte", wurde er aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Er versuchte noch als Jurist privat tätig zu sein, mußte aber in die Emigration ausweichen und wurde 1935 ausgebürgert. In den Vereinigten Staaten verfolgte er als Universitäts-Lehrer und in offiziellen Ämtern die Vorgänge in Deutschland weiter und sammelte dabei ein genaues Wissen über Umstände und Täter, Hintergründe und Zusammenhänge, so daß er, als der Krieg beendet, die Naziregierung verschwunden und das Recht wieder gültig war, von der amerikanischen Regierung als Ankläger dem Nürnberger Militärtribunal zur Verfügung gestellt wurde.



In vierzig kurzen Kapiteln erzählt Kempner in dem Buch seine Erlebnisse. Er erzählt freimütig, ohne gewollte Pointen, unkompliziert, faßt sich nicht "an den Kopf", sondern "an den Kopp". Die Atmosphäre des alten Berlin wird spürbar. Die Zeit er-
steht farbig und bewegt. Er erzählt von Robert Koch und der Tuberkulose, von dem
ersten Mikroskop, durch das er sehen durfte und von Zeiss und ist doch sofort wieder
bei seinen Erlebnissen, die seinen Lebensweg bestimmt haben. Auf der fünften Seite
des Textes des Buches wird bereits Nürnberg genannt, aber Kempner erzählt auch dann
weiter, daß seine Mutter, in Rußland geboren sei, vom preußischen König als erste
Frau in Deutschland den Professor-Titel bekommen habe, daß er mit 17 Jahren das
Notabitur machte, damit er als Freiwilliger Soldat werden konnte. Es war der Erste
Weltkrieg. Nach dem Kriege gehörte er den berüchtigten Gardeschützen an, einer
politisch rechts verschrieenen Söldnertruppe. Er stand vor deren Hauptquartier im
Eden-Hotel in Berlin Wache und schreibt: "Wir fühlten uns wie die Feuerwehr; heute
ist das die Konterrevolution."

Das Buch ist ein lebendig geschriebenes Zeugnis der verworrenen Wirklichkeit in
jenen Jahren. Es wird nichts beschönigt. Als er studierte, lernte er "die Verbrecher
aller Schichten" der Deutschen kennen, arbeitete "unter Geheimräten", wurde gelobt
und verleumdet.

Als er in die Emigration gehen mußte - es war höchste Zeit - fragte er auf dem Flug-
hafen Tempelhof (Berlin) nach der nächsten Maschine, die nach Rom fliege. Ja, er
könne Glück haben, war die Antwort: In einer Stunde gehe eine, ein Sonderflugzeug,
dem Vater von Rudolf Hess zur Verfügung gestellt, der mit drei Freunden nach
Ägypten wolle. Aber das seien nicht genug Passagiere für eine Maschine, vielleicht
kämen noch einige. Der flüchtende Emigrant reiste mit dem Hess-Vater aus!

Robert Kempner hat jenen Teil seines Lebens ohne Sentimentalität gelebt, von der
Vernunft gelenkt und von Selbstverantwortung und einer humanen Gesinnung regiert.
Er führt es auch heute noch so und ist als Anwalt des Rechtes und der Gerechtigkeit
bemüht, denen zu helfen, die vom Terror der Nazi-Regierung geschädigt wurden.

Fritz Sängler

(-/10.5.1984/ks/rs)

+ + +

